



Niederschrift

4. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. November 2019, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

Punkt 7 der Tagesordnung: Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe 1997 – Elfter Sachstandsbericht Vorlage: 2019/0892

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt - nach Vorberatung im Sozialausschuss - den elften Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnisnahme, keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Sozialausschuss.

Bürgermeister Lenz: Es ist mir ein Bedürfnis – sicherlich auch in Ihrem Namen – mich zunächst einmal bei allen zu bedanken, die es geschafft haben, die letzten drei, vier Jahre die dramatisch ansteigende Wohnungslosigkeit in Deutschland und auch in Karlsruhe zum Stoppen zu bringen. Keine Sorge, weil jetzt der Balken bei 596 stehen geblieben ist mit der Stichtagszahl, die Sie haben. Wir haben ein monatliches Controlling, das mir gerade vorhin auf den Schreibtisch geflattert ist. Wir sind Stand heute bei 545 Wohnungslosen. Das ist natürlich kein Grund zu jubeln, die Hände in den Schoß zu legen. Aber das ist der Teil dieses Frühwarnsystems und vielen anderen Instrumenten, die zu diesem Stopp und diesem Niveau auf Richtung 600 die letzten vier, fünf Jahre beigetragen haben. Ich komme gerade von einer bundesweiten Tagung mit über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Ich kann von dort feststellen, dass Sie uns als Gemeinderat – jetzt gehe ich in das Jahr 1997 zurück – nicht nur unterstützten, sondern uns Haushalt für Haushalt auch die Finanzen zur Verfügung stellen im Sozialdezernat, damit die strengste Form der Armut wirklich bekämpft wird.

Jetzt komme ich zum Armutsbericht von vor zwei Sitzungen. Ähnlich ist es heute. Deswegen scheue ich mich auch nicht, der Kollegin Regina Heibroock ein weiteres Mal zu danken. Denn auch hier haben Sie den Beleg im Impressum. Es geht nur Hand in Hand. Aber an der Stelle nicht nur mit der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, der öffentlichen Hand, also uns, sondern vor allem – das ist das Alleinstellungsmerkmal, nicht nur in Deutschland -, dass wir mit den Eigentümerinnen und Eigentümern ein Bündnis schließen konnten, natürlich mit unserer Volkswohnung an der Spitze, die seinesgleichen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich und der Schweiz, aber auch in Frankreich sucht.

Was sind die Gründe? Die liegen auf der Hand.

1. Wir haben sehr früh diese Fachstelle gegründet.
2. Wir legen schon über viele Jahrzehnte auf Prävention Wert. Prävention heißt, Wohnungserhalt - jetzt sage ich etwas ganz bewusst – um jeden Preis. Denn eine verlorene Wohnung kostet letztendlich immer mehr, als der Erhalt einer Wohnung. Es ist natürlich das Tolle, dass Soziales und Wirtschaft hier Hand in Hand gehen. Es ist auch das sozial Sinnvollste.

Das ist die eine Seite der Skala, die Prävention, volle Energie in diese. Das andere Ende, bei dem uns über 40 Städte und Gemeinden im Moment versuchen zu kopieren, was aber nicht ganz einfach ist, ist, Wohnraum zu akquirieren im Leerstand. Sie wissen, wovon ich rede, von Wohnraumakquise durch Kooperation.

Damit komme ich schon zum Ende meiner kurzen Einführung und bedanke mich beim Kollegen Steffen Schäfer, der es seit über zehn Jahre schafft, tatsächlich mit den privaten Eigentümerinnen und Eigentümern weiterhin Leerstand zu akquirieren. Noch ein Schmanckerl: Heute ging der Brief an die Freie und Hansestadt Hamburg raus, dass sie genau so ein Gesamtkonzept nachmachen möchte. Aber, wie gesagt, wir können bedingt zufrieden sein. Eines ist klar, wir werden uns nicht zufrieden geben. Wir werden Sie auch weiterhin brauchen, Haushalt für Haushalt, und natürlich auch in der alltäglichen Lobby und in der Meldung von freien Wohnungen. Aber auch das funktioniert sehr gut. Deswegen noch einmal herzlichen Dank allen, die an dieser tollen Gemeinschaftsaufgabe in der Qualität mitarbeiten.

Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Vielen Dank für diesen differenzierten Bericht. Man kann sich ein genaues Bild machen, sowohl von den Erfolgen, als auch davon, was noch zu tun ist. Wir sind gut im präventiven Bereich. Das ist der erste, wichtigste Bereich. Dank Volkswohnung und Wohnungsakquise muss niemand auf der Straße leben. Wohnen ist ein grundlegendes Bedürfnis. In der Vorbereitung auf diese Rede habe ich mir vorgestellt, wie muss es sich anfühlen, wenn man weiß, dass man seine Wohnung demnächst verliert und keine Alternative hat. Jeder, der sich darauf einlässt, wird den Stress spüren, wird spüren, dass man da einfach in Panik gerät und dagegen gar nichts machen kann. Da denke ich dann an die ungefähr 100 Kinder, die Ende 2018 obdachrechtlich untergebracht werden mussten, was die wohl erlebt haben, als ihre Eltern in Panik und Stress geraten sind. Das heißt, wir müssen schauen - obwohl die Zahlen nicht gestiegen sind, das ist super -, die Zahlen zu senken. Nach meiner Berechnung waren es 200 Kinder im Verlauf des Jahres. Die andere ist aber, dass tatsächlich Familien mit insgesamt 162 Kindern vor der Obdachlosigkeit bewahrt wurden. Das muss man auch sagen.

Ursache dieses hohen Niveaus ist letzten Endes, dass es zu wenige Sozialwohnungen gibt. Uns GRÜNEN ist klar, dass schon viel getan wurde, wo wir auch unseren Anteil hatten mit Anträgen. Aber wir müssen weiter schauen, was man in diese Richtung noch tun kann, um den Anteil an Sozialwohnungen zu erhöhen. Wohnraum ist die soziale Frage, schlicht und ergreifend, die sich auf alle sozialen Bereiche auswirkt, zum Beispiel was die Frauenhäuser angeht. Da ist es so, dass die Frauenhäuser nicht wissen, was sie mit den Frauen machen, die keine Wohnung finden. Dadurch sind viel zu viele Plätze besetzt, die dann wiederum dringend benötigt werden von Frauen, die vor Gewalt fliehen.

Es kann nicht sein, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten, sich Wohnen nicht mehr leisten können. Das ist wirklich dramatisch.

Was uns weiterhin beschäftigt, sind die unwürdigen sogenannten Wohntürme in der Südstadt. Dort wohnen Menschen, die sind nicht obdachlos, aber das ist keine Dauerlösung. So kann man nicht gut wohnen. Die Frage ist, was sagt der Brandschutz dazu. Wir werden an diesem Punkt auch nicht locker lassen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Uns liegt der 11. Sachstandsbericht Wohnungslosenhilfe vor. Es ist ein Gesamtkonzept. Dieses Gesamtkonzept, dass wir in Karlsruhe so ein differenziertes System von Akutsituation bis zu langfristigeren Planungen erreichen konnten, ist nur möglich durch die Vielfalt derer, die sich engagieren und dafür auch ganz herzlichen Dank. Wenn man den Bericht durchliest, sind einige erfreuliche Zahlen drin. Herr Bürgermeister Lenz hat es gerade gesagt, 545 Wohnungslose im Moment. Das ist ein Hoffnungszeichen, dass es sich nicht weiter ausweitet. Wichtig scheint mir in diesem Zusammenhang, und hervorzuheben aus dem Bericht, die Prävention, dass es nicht zu Wohnungsverlust kommt, dass frühzeitig eingegriffen wird und gehandelt werden kann, um die Leute vor dem Verlust der Wohnung zu bewahren. Ein großes Erfolgserlebnis ist immer noch die Wohnraumakquise. Es wundert einen doch schon, irgendwo denkt man, es müsste eine Sättigung kommen, aber es ist immer noch durch die tolle Arbeit der Einrichtung möglich, weitere Wohnungen zu akquirieren und dadurch auch Menschen in würdevolle Umgebung zu bringen.

Wichtig scheint mir der Ausbau der medizinischen Hilfe zu sein. Die Anfänge sind gemacht, im Anker, in der Tür. Aber hier gibt es noch ein großes Problem von denen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, die immer eine Scheu haben, in Praxen zu gehen oder dort angenommen zu werden. Da ist noch ein Handlungsbedarf, dieses System weiter auszubauen. Gut ist auch, dass es die Akutsituation gibt, gerade jetzt, wenn der Winter kommt. Auch dieses System hat ein weitgefächertes Angebot. Ich glaube, wir sind mit unseren Angeboten in dieser Differenziertheit sicherlich nicht schlecht aufgestellt.

Stadträtin Melchien (SPD): Auch die SPD-Fraktion nimmt den 11. Sachstandsbericht zum Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe in guter, mittlerweile langjähriger Tradition, nicht nur zur Kenntnis. Wir nutzen diese zweijährige Gelegenheit, zunächst allen Mitwirkenden unsere Anerkennung auszusprechen, dass wir in Karlsruhe dank vereinter Kräfte ein differenziertes Hilfesystem nutzen können. Besonders hervorzuheben ist unsere Volkswohnung, die in mittlerweile über 13.000 günstigen Mietwohnungen Wohnraum bietet und damit einen erheblichen Beitrag zur Verminderung der Wohnungsnot in unserer Stadt leistet. Außerdem – auch das darf von Seiten der SPD in dieser Stellungnahme nicht unerwähnt bleiben – möchte ich wieder einmal die Bedeutung der schon angesprochenen Wohnraumakquise

durch Kooperation herausstellen. Bis zum heutigen Tag wurden hierdurch 2.000 Menschen mit ordentlichem Wohnraum versorgt. Eine beeindruckende Zahl, vor allem, wenn man den umkämpften Wohnungsmarkt in Karlsruhe bedenkt, der die Wohnungslosenhilfe vor enorme Herausforderungen stellt. Bundesweit wird mittlerweile anerkannt, was unsere engagierte Fachstelle gemeinsam mit privaten Eigentümern für die von Wohnungslosigkeit Betroffenen leistet.

Wir sind froh und dankbar, dass die Bedeutung der Wohnungslosenhilfe in der Kommunalpolitik unumstritten ist, was sich immer wieder im Rahmen der Haushaltsberatungen zeigt. Gemeinsam mit Ihnen allen wollen wir auch im kommenden Doppelhaushalt diese Karlsruher Erfolgsgeschichte fortschreiben. Dabei müssen wir aber auch über die bestehenden Instrumente hinaus unser Hilfesystem fortentwickeln, beispielsweise in der von meinem Kollegen Dr. Müller schon angesprochenen Versorgung wohnungsloser pflegebedürftiger Menschen und die in diesem Bereich tätigen Träger unterstützen.

Abschließend möchte ich betonen, dass die SPD-Fraktion auch die in meiner kurzen Rede jetzt nicht explizit angesprochenen, aber im vorliegenden Bericht dargelegten weiteren Schritte aktiv begleitet und das große Bemühen aller Beteiligten, die Wohnungslosenhilfe weiterzuentwickeln, dankbar anerkennt. Die Situation ist trotz aller Aktivitäten brennender denn je. Vor dem Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe, das im Jahr 1997 gestartet ist, gab es in unserer Stadt noch nie so viel Wohnungslose, zumindest zum Stichtag 31. Dezember 2018. Sie haben die etwas gesunkenen Zahlen angesprochen. Trotzdem möchte ich noch einmal betonen, dass, als ich in den Gemeinderat gekommen bin, die Zahlen unter 300 waren, noch weiter gesunken sind und wir jetzt von fast 600 Wohnungslosen sprechen. Ein sehr trauriger Rekord, der uns nicht nur nachdenklich macht, sondern uns alle zu tatkräftigem Handeln drängt. Weiterhin und auch noch verstärkt.

Stadtrat Jooß (FDP): Vielen Dank an die Aktiven, die das Gesamtwohnungslosenkonzzept entworfen haben, durchführen und weiterhin dabei sind. Dieser Bericht gibt uns Hilfe und Orientierung, wo wir zurzeit stehen. Durch die intensive Vernetzung der einzelnen Akteure auf dem Wohnungsmarkt konnte eine exorbitante Steigerung der Wohnungslosen verhindert werden. Leuchttürme sind dabei die Volkswohnung – wie schon erwähnt – und die Wohnraumakquise. Ganz wichtig dabei ist natürlich die Verhinderung von Ghetto-Bildung, was bisher gut gelungen ist. Wir unterstützen gerne auch weiterhin diesen guten Weg hier in Karlsruhe. Wir haben zwar einen angespannten Wohnungsmarkt, aber noch lange keinen Wohnungsnotstand.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich finde, der Wohnungslosensachstandsbericht zeigt deutlich, dass wir Bevölkerungsgruppen haben, die ein großes Problem auf unserem Wohnungsmarkt haben. Das sind Menschen mit geringem Einkommen. Gerade im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, wo die Stadt lange geschlafen hat, haben wir eine immense Konkurrenzsituation. Es gibt zu viele Menschen, die einen Wohnungsbezugsschein haben, Anspruch darauf haben, und zu wenig Wohnungen. Eigentlich ist dieser soziale Wohnraum geschaffen, um einen konkurrenzlosen Raum für Menschen zu schaffen, die auf dem regulären Wohnungsmarkt keine Chance haben. Das ist derzeit nicht gegeben. In der Hinsicht sehe ich auch die Zahlen, die wir hier in dem Sachstandsbericht haben, als viel zu hoch an. Denn jeder Fall ist ein Versagen von uns als Gesellschaft. Denn keine Wohnung zu haben, bedeutet auch, einen erschwerten Zugang zu allen elementaren Bedürfnissen des Lebens zu haben. Ich finde es besonders schockierend in diesem Bericht zu lesen, dass diese Men-

schen immense Schwierigkeiten haben, eine gesundheitliche Betreuung zu erhalten. Ich finde, das ist doch unsere Grundeinstellung, dass jeder hier im Land auch eine angemessene gesundheitliche Versorgung bekommt, da auf der Straße leben auch eine immense lebensfeindliche Umgebung ist.

Insofern zeigt der Bericht auch sehr schön, oder nicht schön, wo das Problem liegt. Das zieht sich wie ein roter Faden durch, dass wir neben der wertvollen Arbeit, die die Träger auf jeden Fall leisten, ein viel zu geringes Angebot an bezahlbarem Wohnraum haben. Natürlich spielen auch bundespolitische Sachen hinein, Stichwort Hartz IV, dass man schon nach einem Jahr seine Wohnung nicht mehr bezahlen kann und dadurch immense Probleme bekommt, weil nicht genug bezahlbaren Wohnungen vorhanden sind. Das heißt, wir brauchen eine Offensive über diese Angebote hinaus in bezahlbaren Wohnraum. Und wir brauchen auf Bundesebene eine bedingungslose Grundsicherung, unabhängig von Krankheit und Verhalten.

Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Es kann fast jeden erwischen. Man glaubt es nicht, wer alles auf der Straße zu finden ist. Deswegen sollten wir sehr barmherzig sein mit den Menschen. Die Wohnungslosigkeit steht am Ende einer Spirale. Es kann eine Ehe zerbrechen. Da kann vieles passieren, was einen Menschen aus dem Gleichgewicht bringt. Man verliert seine Arbeit und dann die Wohnung. Deswegen kann man auch nicht einseitig sagen, nur Wohnung löst das ganze Problem. Wir müssen sehr komplex auf die Situationen reagieren. Wenn man das Inhaltsverzeichnis durchliest, was die Stadt Karlsruhe alles aufstellt, ist das geradezu ideal. Es gibt immer wieder Dinge, die sind mir neu, obwohl ich mich in dem Feld auskenne. Respekt, hohe Anerkennung für das, was die Stadt hier aufstellt. Deswegen glaube ich, dass wir der Situation gerecht werden. Wir müssen natürlich immer wieder neu schauen, wo sind die neuen Herausforderungen. Aber es ist ein sehr guter Bericht, dass wir sehr gut aufgestellt sind.

Stadträtin Fenrich (AfD): Jetzt muss ich doch der Kollegin Göttel widersprechen. Bis 2014 gab es genügend Sozialwohnungen. Die Anzahl der Bedürftigen war bis zu der Zeit nicht so hoch. Die Stadt hat also in keinstem Fall geschlafen, sondern sich bemüht. Die Ursache für den Zustand, den wir jetzt haben, ist einfach die Zuwanderung, auch hier nach Karlsruhe.

(Unruhe)

Es ist einfach so, leider, ohne das werten zu wollen. Es ist so, die Stadt hat nicht geschlafen, sondern alles getan. Natürlich muss jetzt abgewartet werden. Wohnungen können nicht aus dem Hut gezaubert werden, auch nicht von der Stadt Karlsruhe.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich finde es bedenklich, wenn jetzt von der AfD dieser Zungenschlag in die Debatte eingebracht wird,

(Vereinzelter Beifall)

dass die Zugewanderten schuld wären an wohnungslosen Menschen. Das ist absolut typisch ideologisch von Ihrer Seite dort drüben rechts. Das kann ich überhaupt nicht so sehen.

Genauso sehe ich es nicht, wie es die Linke sieht, dass die Stadt geschlafen hat. Die Stadt schläft meiner Ansicht nach nicht, wenn man sieht, dass es schon der 11. Bericht ist, den wir damals 1997 auf den Weg gebracht haben und vor allem, dass wir das damals mehrheitlich erreicht haben, und das von der Verwaltung so auch gemacht wird, dass alle zwei Jahre uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäten hier dargelegt wird, wie der Stand der Dinge ist.

Ich möchte die einzelnen Dinge gar nicht mehr aufzeigen. Aber für mich ist bedeutend, dass wir nicht immer hinterherrennen und die Verwaltung auffordern müssen, sagt uns, die der Sachstand ist, kümmert euch. Wenn man sich mit der Materie befasst und wenn man in der Materie drin ist, dann sieht man, dass die Stadtverwaltung einen sehr richtigen Weg geht. Der Herr Bürgermeister hat es gesagt, die Stadtverwaltung und letztendlich auch der Gemeinderat werden sich nicht zufrieden geben mit den Zahlen. Von daher denke ich, dass wir so weitermachen müssen. Ich gehe davon aus, dass wir in zwei Jahren wieder einen Bericht bekommen, der uns dann wieder aktuell zeigt, wo es lang geht. Natürlich werden wir auch in den nächsten zwei Jahren immer schauen, dass man gerade bei Obdachlosigkeit, für Leute die auf der Straße leben, alles tut. Aber auch da bin ich sicher, dass gerade wenn die kalte Jahreszeit kommt, wie in den vergangenen Wintern, genau geschaut wird, und dass man nach den Menschen schaut, dass niemand in Karlsruhe erfriert. Davon gehe ich aus.

Stadtrat Hock (FDP): Eine Klarstellung möchte ich noch einfügen. Kollegin Göttel sollte sich einmal anschauen, was unter dem Vorgänger von Herrn Fluhrer die letzten zehn Jahre im sozialen Wohnungsbau in dieser Stadt gemacht wurde. Da werden Ihnen aber die Augen übergehen. Denn das hat ein FDP-Bürgermeister in dieser Stadt vorangetrieben. Es ist nicht so, wie Sie gesagt haben, dass die Stadt in diesem Bereich geschlafen hat. Im Gegenteil, sie hat draufgelegt, hat das gut gemacht. Das muss auch einmal gesagt werden.

Der Vorsitzende: Sie haben die Information zur Kenntnis genommen, wie sich auch an der Lebhaftigkeit der Debatte zeigt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
20. Dezember 2019